

sich selbst zu helfen* Das Gesetz zeugt von dem unerschütterlichen Willen eines Volkes, aus eigener Kraft wieder aufzusteigen und erträgliche Lebensverhältnisse zu schaffen, und es zeugt von dem unerschütterlichen Glauben eines Volkes, das hart an den Abgrund herangeführt wurde, an seine Lebensrechte. Wir stellen fest, daß das Gesetz einen Teil unserer Gedanken erfaßt, die wir seit dem Zusammenbruch als wesentlichen Bestandteil unserer politischen Arbeit betrachtet haben und aus deren grundsätzlicher Ablehnung in der Vergangenheit viele Erschwerungen in der gemeinsamen Arbeit verständlich werden können. Die Liberal-Demokratische Partei ist, und zwar schon vor der Verkündung ihres Eisenacher Programms, in den Kreisen ihrer einsichtigen Mitglieder — und das war und ist die Mehrheit ihrer Mitglieder — sich immer klar darüber gewesen, daß der Zusammenbruch einen geschichtlichen Zeitabschnitt des deutschen Volkes endgültig abschließt. Wenn wir einen Standpunkt in Wirtschaftsdingen vertreten, der sich von den Ansichten einer sozialistischen Wirtschaftsauffassung unterscheidet, so geschieht das nicht, um den Versuch zu machen, Überlebtes und Verbraucht zu konservieren. Die Liberal-Demokratische Partei ist der Ansicht, daß man Altes ersetzen muß durch etwas Besseres, das nicht aus der Theorie entstammt, sondern aus der Praxis heraus gewachsen sein muß. Wir sind uns durchaus im klaren, daß man nichts konservieren kann, was kein Lebensrecht mehr besitzt. Aber man kann auch nicht dekretieren, was kopiert und nicht organisch zum Wohle des gesamten deutschen Volkes aus diesem selbst gewachsen ist.

Es kann nicht und soll nicht in Abrede gestellt werden, daß es einen kleinen Kreis innerhalb der Privatindustrie gegeben hat, der nur wenig Unterstützung den neuen Grundsätzen der Wirtschaft zu gewähren bereit war. Diese meist von egozentrischen Gesichtspunkten aus Handelnden haben ihren Berufskollegen durch ihr schlechtes Beispiel sehr erheblich geschadet und Angriffspunkte geboten, die manche harten, aber notwendigen Maßnahmen auslösen mußten. Wenn wir das feststellen, so wollen wir damit aber auch sagen, daß ein paar Minderwertige einen Berufsstand oder eine Wirtschaftsform nicht grundsätzlich, in Mißkredit bringen können und ein paar Schädlinge, die nicht bereit sind, die Not ihres Volkes zu teilen, kein überzeugendes Argument gegen die Privatindustrie an sich sind. Ich halte es für notwendig, in diesem Gremium erneut zu betonen und damit zu unterstreichen, was der Herr Minister Rau vorhin ausführte, daß kein Privatunternehmer in der Wirtschaft, im Handwerk oder im Handel in seiner Arbeit behindert werden wird und behindert werden darf, wenn er die bestehenden Gesetze beachtet und nicht bestimmt wird von dem Streben nach ungerechtfertigtem, nur im eigenen Interesse liegendem Nutzen. Wir sehen gerade in der Wirtschaft und in der Arbeit der Wirtschaft und der Werk tätigen den wesentlichen Garanten für die auch in dem Gesetz wiederholt betonte Notwendigkeit der Hebung des Lebensstandards unseres Volkes. Es ist nach meiner Ansicht ein nur medizinisch zu charakterisierender Zustand, daß in einem besiegt Lande durch eine willkürlich gezogene und ursprünglich nur für eine kurze Zeit gedachte Grenze Industrien in dem einen Teil neu aufgebaut und in dem anderen zum Teil nicht voll in ihrer Kapazität ausgelastet werden. Dieser an Irrsinn grenzende Zustand, der seine wesentliche Ursache in der uns unverständlichen, aber doch klar erkennlichen, gegen Deutschland gerichteten Politik vom Westen her hat, muß beendet werden. Er muß beendet werden, wenn man es ehrlich meint mit dem Begriff Demokratie, mit der Erhaltung des Friedens und — lassen Sie mich das mit ganz besonderer Betonung sagen — mit der Ausrottung des Faschismus und des Neofaschismus.

{Sehr richtig!}

Wir warnen von dieser Stelle vor einer Weiterentwicklung im Westen, an der wir keinen Teil haben

und — wir sprechen es klar und deutlich aus — an der uns auch keine Schuld beigemessen werden kann, weil wir in der ehemaligen Ostzone, im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik klare Verhältnisse zu schaffen uns bemüht haben. Das ist nicht ohne Fehler möglich gewesen. Aber Fehler kann nur der begehen, der etwas tut. Auch wir sind nicht frei von Unzulänglichkeiten, aber wir haben sie offenbart in einer Arbeit zum Nutzen unseres Volkes, und das unterscheidet uns wohl wesentlich von den gleichen Erscheinungen in Westdeutschland. Wir glauben, daß es möglich sein wird und muß, die negative Intelligenz, d. h. die Intelligenz, die für eine Kriegsindustrie und damit für die Zerstörung verwendet wird, umzuwandeln in eine positive Intelligenz, die darauf gerichtet ist, die Lebensbedingungen oder die Bedingungen für das Leben der Lebenden zu verbessern. Wir sind weiterhin der Ansicht, daß es dieser Intelligenz gelingen muß, in immer stärkerem Maße der Wirtschaft neue Stoffe nutzbar zu machen, die man erfinden muß und erfinden wird, und daß die Zeit der Surrogate baldigst beendet sein wird, wenn die Intelligenz diesen an sie gerichteten Ruf hört und ihn zum Leitstern und zum Inhalt ihrer Arbeit macht.

Alles in allem sind wir uns darüber im klaren, daß die Arbeit innerhalb unseres Volkes und daß die Arbeit für den Volkswirtschaftsplan nur dann erfolgreich sein kann und wird, wenn Unternehmer, Arbeiter, Intelligenz und Bauern gemeinschaftlich ihre Kräfte zusammennehmen und zusammenfassen für die allen Teilen unseres Volkes nützende Arbeit. Wir unterscheiden uns darin im wesentlichen von der Auffassung einer Partei des Westens, der Freien Demokratischen Partei, die glaubt, andere Wirtschaftswege gehen zu müssen und zu sollen. Wir sind der Ansicht, daß der Neuaufbau einer Wirtschaft nur dann Sinn hat, wenn dieser Neuaufbau auch garantiert wird durch Lebensbedingungen und Aufgaben, die ihren Fortbestand gewährleisten. Es kommt nicht darauf an, möglichst viel Fabriken zu errichten und möglichst viel Menschen in die Wirtschaft und in den Handel einzuschalten, sondern es kommt nach unserer Ansicht darauf an, das, was man tut, so zu tun, daß keine Werte, aber auch in keiner Hinsicht, verlorengehen und verlorengehen können. Die Tatsache der Zunahme der Konkurse im Westen sollte den Menschen drüben zeigen, daß sie irgendwie ihre Wirtschaftsform und ihre Arbeit innerhalb der Wirtschaft überprüfen müssen.

Wir haben es begrüßt, daß in dem Gesetz einerseits die Folgen der Spaltung Deutschlands angedeutet wurden, andererseits aber daraus auch die einzig mögliche Schlußfolgerung gezogen wurde, nämlich die, daß die Einheit Deutschlands unter allen Umständen und in kürzester Zeit erreicht werden muß. Wir sind der Ansicht — und ich erkläre es als Sprecher nicht nur meiner Fraktion, sondern auch meiner Partei —, daß wir für diese Einheit Deutschlands in der Nationalen Front und mit ihr ohne Vorbehalt mitarbeiten werden und daß wir uns von jedem zu trennen entschlossen sind, der diesen Weg nicht tatkräftig und unter vollem Einsatz seiner Person mitzugehen bereit ist.

(Bravo-Rufe und Beifall)

Die Nationale Front fordert von uns keinen Verzicht auf unsere politische oder weltanschauliche Selbständigkeit, sie fordert von uns nur die Liebe zu Deutschland und seiner nationalen Selbständigkeit und das klare Bekenntnis zum Frieden und zur Demokratie.

(Erneuter Beifall)

Diese Erklärung aber schließt in sich unseren Wunsch zur Freundschaft mit den Völkern, die uns unsere Lebensrechte gewährleisten und unser Streben nach der Einheit Deutschlands unterstützen.

Man hat es uns Liberaldemokraten — lassen Sie es mich bitte offen aussprechen — nicht immer leicht gemacht, das Vertrauen für unsere politische Arbeit zu